

Die Unterdrückung der Frauen läßt sich nicht bekämpfen, indem man Männer generell bekämpft und von einem Amazonenstaat träumt (das behaupten die Männer, die in den Emanzipationsansprüchen der Frauen keine ernstzunehmenden Ansprüche sehen, geschweige denn sie berechtigt finden), sondern der erste Schritt muß in einer kompensatorischen Sozialisation liegen. Diese aber ist nur möglich, wenn die gesellschaftlich-ökonomische Klassenstruktur unserer Gesellschaft verändert wird, denn durch sie werden alle unterdrückt — Frauen und Männer. Der nötige Kampf muß gemeinsam begonnen werden, Frauen können dabei helfen, indem sie versuchen, selbstbewußt zu werden, indem sie nicht länger mithelfen, ein verzeichnetes Bild ihrer eigenen Wirklichkeit mit zu produzieren (ein Drittel der Lesebuchbeiträge wurde von Frauen geschrieben), indem sie versuchen, die ökonomisch und ideologisch bedingte Konkurrenzhaltung der Frauen untereinander abzubauen, indem sie gemeinsam mit den politisch bewußten Männern für die Verwirklichung einer Gesellschaft kämpfen, in der Veränderungen im Überbau der Rollen wie innerhalb der ökonomischen Basis die Emanzipation aller, Frauen wie Männer, ermöglichen.

Bücher

Ökonomie des Todes

Richard J. Barnet, *Der amerikanische Rüstungswahn oder Die Ökonomie des Todes*. Rowohlt Verlag (rororo aktuell 1450/1451), Reinbek bei Hamburg 1971, 149 S., 3,80 DM.

Just als Richard M. Nixon im März dieses Jahres den Lesern der „New York Times“ anvertraute, daß er sich für „einen überzeugten Pazifisten“ halte, erschien eine der wichtigsten Untersuchungen des amerikanischen Militär-Industrie-Komplexes auf dem deutschen Buchmarkt: Richard J. Barnets „The Economy of Death“, zu deutsch: *Der amerikanische Rüstungswahn oder Die Ökonomie des Todes*, mit einem Beitrag von C. Grossner „Ein militärisch-industrieller Komplex in der Bundesrepublik?“ Barnet war unter Kennedy im US-Außenministerium und in der Abrüstungsbehörde beschäftigt; seit 1963 leitet er das von ihm gegründete „Institute for Policy“ in Washington.

Barnets Band, der in kurzer Zeit in den USA die 5. Auflage erreichte, stellt zweifellos eine der materialreichsten Studien über

die „Ökonomie des Todes“ dar, die bislang in den USA bzw. in der BRD publiziert wurde. Das Verdienst des Bandes ist, daß er recht systematisch eine Verschleierungs-ideologie der Militärs, Rüstungsindustriellen und Politiker nach der anderen bloßlegt und einige wichtige Ursachen und Triebkräfte des Militär-Industrie-Komplexes aufdeckt und benennt. Im ersten Kapitel arbeitet er die drei Prämissen des Mechanismus heraus, der dazu geführt hat, daß die US-Regierung „mehr als 70 Cent von jedem Etatdollar für vergangene, gegenwärtige und künftige Kriege“ (9) verbraucht: 1) der Glaube, daß die USA ihre Sicherheit durch das Horten weiterer Kernwaffen erhöhen könnten und daher in paranoischer Manier wie „Detroits idealer Autokäufer“ (17) neue Nuklearwaffen und -träger produzieren, obwohl das US-Militär schon seit Jahren nicht mehr imstande ist, die USA gegen einen Angriff zu verteidigen. Schon die Grundannahme — der berühmte Fall Rot — wird von Barnet kritisiert: „Im Gegensatz zu einem ehemaligen Staatssekretär für Angelegenheiten der Seestreitkräfte...

und einem Dutzend oder mehr Generalen der US-Luftwaffe haben die Sowjets niemals öffentlich mit einem Präventivkrieg gedroht" (21) oder wie der jetzige Verteidigungsminister Laird einen atomaren Angriff auf die UdSSR empfohlen, falls die UdSSR weiterhin den „Frieden bedrohe“ (69). Und im Gegensatz zu den USA haben die UdSSR und die mit ihr verbündeten Staaten ihre Streitkräfte mit vorwiegend defensiven und nicht offensiven Waffen ausgestattet, wie sogar Nixon in einer Fernsehkonferenz zugeben mußte (21). Die Annahme eines Falles Rot habe im Gegenteil bewirkt (so Barnet), „daß die USA die Sowjetunion das meiste von dem gelehrt haben, was man mit Kernwaffen anfängt“ (27). „Es ist eine Tatsache, daß die Aufrüstung der USA die Sowjets dazu veranlaßt hat, mehr Raketen gegen die USA in Stellung zu bringen, als es ihre Absicht gewesen war“ (28). Der Mechanismus der Abschreckung als „Nothelfer“ einer Politik, die sich mit der Existenz von Nuklearwaffen plötzlich der Möglichkeit der Instrumentalisierung von Gewalt beraubt sah und daher das System der Abschreckung entwickelte, hat somit weniger statt mehr Sicherheit zum Ergebnis.

2) Als zweites Motiv für die Milliarden-aufwendungen nennt Barnet „das Versprechen der USA, 42 Länder gegen Angriffe von außen zu verteidigen, auch wenn das bedeutet, daß sie drei Kriege gleichzeitig führen müssen; und

3) die weltweite Verpflichtung der USA, Revolutions- und Guerillabewegungen zu bekämpfen“ (37/8). Das führte zum Aufbau eines einmaligen Militärapparats: 429 US-Militärbasen und 2972 Einrichtungen geringeren Ausmaßes in 30 Ländern mit einer Million Soldaten (ohne Vietnam), Militärhilfe an 43 Länder in Höhe von 2,35 Mrd. Dollar im Jahr 1971 — all das verschafft den USA, wie das „Handelsblatt“ vom 29.10.1970 feststellte, „bessere Möglichkeiten gezielter Attacken auf das Gebiet der Sowjetunion“. Barnet schließt realistisch: „Solange eine militärische Präsenz in Asien, ein Ring von Militärbasen rund um die Sowjetunion, eine Seestreitmacht auf allen fünf Weltmeeren und ein weltweites Programm zur Unterdrückung von Aufständen im vitalen Interesse für die Sicherheit der Vereinigten Staaten liegen, können in der Tat kaum Einsparungen gemacht werden“ (34).

4) Als viertes Motiv der USA für ihre Hochrüstung nennt Barnet die Hoffnung, zu einem „technologischen Durchbruch“ zu kommen und dadurch einen militärischen Vorteil gegenüber dem Kontrahenten zu bekommen — ein Bestreben, das in der Kriegsgeschichte bisher noch niemals wirklich entscheidend realisiert wurde.

Im zweiten Kapitel untersucht Barnet die Struktur und Funktionsweise des Militär-Industrie-Komplexes, den er als eigentliche Basis des amerikanischen Militarismus begreift. Sehr aufschlußreich sind vor allem die Angaben zur sozialen Zusammensetzung der Entscheidungsträger der Sicherheitspolitik, die Untersuchung der Rolle der Militärs und der Bedeutung der Rüstungsindustrie. Er beginnt mit der Untersuchung des Militärs, das in seiner antikommunistischen Grundeinstellung und in seiner Einschätzung des Krieges als einer ewigen Naturnotwendigkeit immer noch nicht über die entsprechenden Feststellungen des faschistischen Oberkommandos der Wehrmacht hinausgekommen sei. Die Stellung der Militärs gegenüber den „Zivilisten“, die sie kontrollieren sollten, hat sich in den vergangenen 25 Jahren beständig verbessert. Bereits unter Eisenhower lehnte das Verteidigungsministerium nur 4 von 2 954 Empfehlungen der „Vereinigten Stabschefs“ ab, und auch unter Kennedy wurde deren Einfluß ständig größer. Barnet: „Die Joint Chiefs of Staff sind heute so mächtig, daß der Präsident der USA ihnen nicht mehr einfach befehlen könnte. Er muß mit ihnen verhandeln“ (59). Die neueste Entwicklung hat diese Feststellung bestätigt. Nach dem Bericht eines Ausschusses für Verteidigungsfragen, der am 1. 7. 1970 veröffentlicht wurde, ist auch in den letzten Jahren die zivile Kontrolle zurückgegangen, und in einem Resümee zur Stellung der Militärs unter Nixons Verteidigungsminister Laird stellt „Wehr und Wirtschaft“ 10/1970 S. 537 fest: „Jedenfalls ist eine Reduzierung des Einflusses ziviler Ämter im Pentagon unverkennbar. Es wurde durch Melvin R. Laird eine gewisse Dezentralisierung im zivilen Sektor eingeleitet; zugleich erfolgte eine Verstärkung der Rolle der Militärs.“ Der Preis für das Weiterbestehen einer — wenn auch dünner — zivilen Kontrolle des Militärs ist die „Militarisierung der zivilen Führungsschicht“. Die zivile Führungsschicht aber ist noch enger mit dem Rüstungskapital liiert als die Militärs: „Sieht man sich

die Männer an, die in den Jahren von 1940 bis 1967 die höchsten Ämter im Staat innehatten — die Außen- und Verteidigungsminister sowie die Staatssekretäre in beiden Ministerien, die Staatssekretäre für die drei Waffengattungen, den Vorsitzenden der Atomenergiebehörde und den Direktor der CIA —, so stellt man fest, daß siebzig von einundneunzig Männern aus der Großindustrie oder der Hochfinanz kamen“ (63). Unter 234 außenpolitischen Entscheidungsträgern kamen knapp 60 % aus Großindustrie, Finanzkapital und Justiz (63). Darin kommt der Grad der Verschmelzung der drei Hauptpfeiler des Militär-Industrie-Komplexes zum Ausdruck, der den Rüstungsmonopolen Extraprofite, dem Pentagon die zentrale Position im staatlichen Herrschaftsapparat und den Militärs eine qualitativ neue Machtstellung zuordnet.

Barnets Stärke liegt in der Aufbereitung und Darstellung des vorliegenden Materials. Von den großen Mengen der aufgeführten Daten und Informationen konnten hier nur ganz wenige wiedergegeben werden. Barnets Schwäche liegt in der theoretischen Verarbeitung und in seinen idealistischen Lösungsvorschlägen; da jedoch keine deutschsprachige — in der BRD erschienene — Untersuchung dieser Art existiert, ist Barnets Studie unentbehrlich. Gerade deswegen aber sollen einige Kritikpunkte noch kurz angedeutet werden:

- a) Man vermißt eine gründliche Darstellung der Rolle der Militärforschung als eigenständiger Kraft bei der Herausbildung und Entfaltung des Militär-Industrie-Komplexes;
- b) ebenso wird der Prozeß der Strategiebildung, die Rolle der jeweiligen Strategien überhaupt nur recht unvollkommen analysiert, wobei Barnet zugute gehalten werden kann, daß in den USA wohl bislang keine Fundamentalkritik der Militärstrategie und ihrer Prämissen existiert, die größeren politischen Einfluß gewonnen hätte. c) Wesentlich wichtiger jedoch ist, daß Barnet keine theoretische Konzeption hat, mit deren Hilfe er den „Militär-Industrie-Komplex“ in die Erscheinung des Militarismus insgesamt einordnen könnte. Dies kommt besonders in seinen widersprüchlichen Äußerungen zur Rolle der Rüstungsindustrie zum Ausdruck. Er spricht einerseits von der „symbioseähnlichen Partnerschaft“ (80) zwischen Rüstungsindustrie und Regierung, dann von der „Abhängigkeit der

Rüstungsindustrie vom Pentagon“, die „den Militärs eine ungeheure zusätzliche Macht“ (103) verleihe, und schließlich konstatiert er: „Die Geschäftswelt definiert also, was nationales Interesse ist und was zur Verteidigung der nationalen Sicherheit erforderlich ist“ (64).

Das Verhältnis zwischen Staat und (Rüstungs-)Kapital bleibt also unbestimmt. Daß Barnet das Verhältnis von Ökonomie und Politik, die entscheidende Frage für die Beurteilung des Militarismus (und den Kampf dagegen!), nicht in den Griff bekommt, hat im wesentlichen zwei Gründe: Trotz einiger Exkurse gibt Barnet keine historische Analyse, sondern eher einen blitzlichtartigen Abriss; zum anderen verkürzt er die zahlreichen Erscheinungsformen imperialistischer Aggressivität auf eine ihrer Erscheinungsformen, nämlich den Militarismus — mehr noch: die klassische Funktion des Militarismus als Instrument innerer Repression spielt für ihn keine oder höchstens eine zufällige Rolle. Vordergründig charakterisiert die inhaltlichen Grenzen der Barnetschen Kritik auch, daß er die Auswirkungen der Militarisierung auf den gesamten kapitalistischen Reproduktionsprozeß nicht untersucht.

Die Stoßrichtung seiner Kritik gilt also nicht dem Militarismus als einem Produkt der Klassengesellschaft auf einer bestimmten Entwicklungsstufe, sondern der Überdimensionierung, die den US-Militarismus auszeichnet. Sein Ziel ist, „das Pentagon auf einen überschaubaren Apparat zu reduzieren, damit es der aus Zivilisten bestehenden Regierung untergeordnet werden kann, sowie die institutionellen Verflechtungen zu ändern, die die Ökonomie des Todes fördern“ (93). Dieser kurzgegriffenen und idealistischen Zielsetzung entspricht Barnets Einschätzung der politischen Gruppen, die eine solche Veränderung durchsetzen könnten. Den Kongreßabgeordneten und der wissenschaftlichen Intelligenz mißt er am meisten Bedeutung zu; da ihm der Zusammenhang zwischen innerer Repression und äußerer Aggression — eben die Klassenfunktion des Militarismus — nicht gegenwärtig ist, hat er die Arbeiter und ihre Organisationen ebenso wie die politischen Organisationen der unterdrückten und unterprivilegierten Minoritäten als potentielle oder aktuelle antimilitaristische Kraft abgeschrieben.

Einige dieser Kritikpunkte sind bereits in dem kenntnisreichen Aufsatz von C. Grossner über die Gefahr eines Militär-Industrie-Komplexes in der BRD, der im Anhang abgedruckt ist, entwickelt. Grossner qualifiziert daher Barnett nicht zu Unrecht als Idealisten. Doch angesichts der sich auch in der BRD rapide entwickelnden „Ökonomie des Todes“ wären hierzulande solche „Idealisten“ bitter nötig.

Rainer Rilling

Neue Literatur zur Friedensforschung

SIPRI Yearbook of World Armaments and Disarmament 1969/70. Almqvist & Wiksell, Stockholm 1970, 540 S., 40,— schwed Kronen.

Dieter Senghaas (Hrsg.), *Zur Pathologie des Rüstungswettlaufs. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung.* Rombach Verlag, Freiburg i. Br. 1970, 396 S. 62,— DM.

Georg Picht / Wolfgang Huber, *Was heißt Friedensforschung?* Ernst Klett Verlag, Stuttgart / Kösel-Verlag, München 1971, 74 S., 4,80 DM.

Dieter Senghaas (Hrsg.), *Kritische Friedensforschung.* Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1971, 424 S., 8,— DM (edition suhrkamp 478).

Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, Band 1/1971: Bedrohungsvorstellungen als Faktor der internationalen Politik. Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1971, 313 S., 19,80 DM.

Gerta Scharffenorth / Wolfgang Huber (Hrsg.), *Bibliographie zur Friedensforschung.* Ernst Klett Verlag, Stuttgart/Kösel-Verlag, München 1970, 188 S., 15,— DM (Studien zur Friedensforschung 6).

Mit Feuereifer, wie man ihn unter Wissenschaftlern gleich welcher Herkunft nur selten antrifft, haben sich Forscher und Philosophen, Journalisten und Kulturkritiker einer Disziplin bemächtigt, die Moral und Politik, Geist und Macht, Wissenschaft und Humanität nachhaltig zusammenzubringen verspricht: Friedensforschung. Aber — bereits heute ist Friedensforschung ein Abfall-

haufen von sentimentalem Scharfsinn in Detailfragen, von unpraktikablen Zukunftsmodellen, von verklebten Perspektiven. Friedensforscher unter sich: so muß es kurz vor dem Ende der Arbeit am Turm zu Babel zugegangen sein. Friedensforscher in der Öffentlichkeit: enttäuschte Hoffnungen, unerfüllte Erwartungen, das große Mißverständnis.

Woran liegt das? Wer dies beantworten will, wird zunächst um eine Analyse der politischen und sozialen Verhältnisse nicht herumkommen, die es gestatten, daß Friedensforschung zur Mode wurde, ehe sie auch nur ansatzweise ihr Selbstverständnis reflektieren konnte. Und in einem zweiten Schritt würde zu klären sein, wem die Ergebnisse der Friedensforschung zur Verfügung stehen, wer sie verwendet und wie er es tut. Der Verdacht liegt nahe, daß Friedensforschung, gleichviel ob mittel- oder langfristig konzipiert¹⁾, zu einer konservativen Kraft in der Politik wird (Galtung), zu einer Pazifizierungsforschung, wie es ja die Forschung über Entwicklungsländer, besonders die in den USA, bereits geworden ist.

Mögliche Alternativen dazu gibt es allerdings. Wenn auch die von Gerta Scharffenorth und Wolfgang Huber im Auftrag der Evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg herausgegebene „Bibliographie zur Friedensforschung“ mit ihren weit mehr als 2000 Titeln noch einmal unübersehbar deutlich macht, daß die wuchernde Menge der Publikationen zur Friedensforschung die Unterscheidung zwischen Wichtigem und Nebensächlichem sehr schwer macht. Bibliographien sind ein wichtiges Hilfsmittel für denjenigen, der die Schulen und Tendenzen einer Disziplin bereits einigermaßen kennt. Interessierte Laien werden nur noch mehr verwirrt. Nach der von Krippendorff²⁾ und von Kaiser/Meyers³⁾ liegt nun bereits die dritte in der BRD erarbeitete Bibliographie zur Friedensforschung vor. Man fragt sich, ob die Produktion solcher Publikationen noch in einem Zusammenhang mit den Bedürfnissen der Öffentlichkeit steht oder ob nicht kaufmännische oder andere Gründe

1) Über die unterschiedlichen Konzeptionen in der Friedensforschung vgl. Wilfried v. Bredow, Von „realistischen“ und „utopischen“ Luftschlössern in der Friedensforschung. Ein Literaturbericht, in: „Blätter“, 15. Jg. 1970, H. 11, S. 1172 ff.

2) E. Krippendorff (Hrsg.), *Friedensforschung*, Köln/Berlin 1968, S. 559—589 (Zusammenstellung: Eva Knobloch, Dieter Senghaas).

3) Karl Kaiser, *Friedensforschung in der Bundesrepublik*, Göttingen 1970, S. 186—241.